

LEITANTRAG

#csupt24

**IRREGULÄRE
MIGRATION
BEENDEN,
INNERE
SICHERHEIT
STÄRKEN**

**PARTEITAG DER
CHRISTLICH-
SOZIALEN
UNION 2024**



Leitantrag: Irreguläre Migration beenden, Innere Sicherheit stärken

Deutschland ist durch die unkontrollierte Zuwanderung überfordert – und zwar nicht nur im Hinblick auf Kitas, Schulen und Wohnraum, sondern auch kulturell und bei der Sicherheit. In vielen deutschen Städten fühlen sich die Menschen teilweise nicht mehr zu Hause und sorgen sich um ihre Sicherheit. Die Wahrheit ist: Es ist uns über den Kopf gewachsen, der Zuzug ist zu viel und nicht mehr stemmbar. Eine strikte Begrenzung der Migration ist dringend nötig. Insgesamt muss daher die Zahl der Asylanträge auf weit unter 100.000 im Jahr reduziert werden. Zudem bedarf es einer grundlegenden Reform des Asylrechts und einer Evaluation betreffender Rechtsinstitute. Es darf keine Denkverbote geben. Denn klar ist: Deutschland braucht eine echte Wende in der Migrationspolitik.

Statt Deutschland sicherer zu machen und vor Schaden zu schützen, unternimmt die Ampel-Bundesregierung auf Grund ihrer ideologischen Scheuklappen zu wenig. Im Gegenteil, mit Gesetzen und Maßnahmen wie dem neuen Staatsbürgerschaftsrecht, Sonderaufnahmeprogrammen und Ausweitungen des Familiennachzugs verschärfen sie die Probleme sogar noch weiter. Durch die folgeschwere Überforderung der zuständigen Behörden und Kommunen oder Heimaturlaube von Flüchtlingen wird das ganze Ausmaß der ungesteuerten Migration offensichtlich. Damit muss jetzt Schluss sein!

Wir stellen niemanden, der zu uns kommt, unter Generalverdacht. Die zunehmenden Gewalttaten und Terrorakte zeigen jedoch, dass eine Grenze des Akzeptablen erreicht ist. Wir fordern von der Bundesregierung eine Kursänderung in der Migrationspolitik und harte Maßnahmen gegen Straftäter. Unsere Gastfreundschaft darf nicht ausgenutzt und zum Nährboden für importierte Konflikte, Gewalt, organisierte Kriminalität und Hass gegen unsere Lebensart werden.

Die Sicherheit der Bürger und die Beendigung der irregulären Migration muss oberste Priorität für die Bundesregierung haben. Die jüngsten Reformen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems sind ein erster wichtiger Schritt. Es liegt nun an der Ampel-Regierung, die Beschlüsse schnell und wirksam umzusetzen und nicht erneut einen bürokratischen Dschungel voller Ausnahmen und Sonderregelungen zu schaffen. Bis dies der Fall ist, die Außengrenzen effektiv geschützt sind und eine faire Verteilung innerhalb der EU funktioniert, muss Deutschland selbst handeln. Das Recht

auf Asyl bedeutet nicht ein Recht auf Asyl in Deutschland. Wir brauchen eine Reihe an Sofort-Maßnahmen, die die irreguläre Migration beenden und unsere Innere Sicherheit wiederherstellen.

1. Ausreisepflichtige Flüchtlinge schnell und konsequent abschieben, auch nach Syrien und Afghanistan.

Besonders Abschiebungen von Straftätern und Gefährdern nach Syrien und Afghanistan müssen sofort umgesetzt werden. Die Bundesregierung muss unverzüglich dafür sorgen, dass in diese und weitere Länder in großer Zahl und dauerhaft abgeschoben werden kann – und zwar ohne absurd hohe Handgelder für Straftäter und Gefährder. Das verhöhnt die Opfer. Perspektivisch müssen auch nicht-straffällige syrische und afghanische Flüchtlinge in die sicheren Regionen ihrer Heimatländer zurückkehren. Freiwillige Aufnahmeprogramme müssen sofort beendet werden. Wer in sein Heimatland reist, muss zukünftig ohne Ausnahme seinen Schutzstatus verlieren und darf nicht erneut nach Deutschland einreisen.

2. Ausreisearrest für ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder, Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit bei Terrorunterstützern und Gefährdern mit Doppelpass.

Wer als ausreisepflichtiger Flüchtling oder Asylbewerber straffällig geworden ist, muss sofort in Ausreisearrest, bis derjenige das Land freiwillig verlässt oder abgeschoben wird. Terrorunterstützern und Gefährdern mit Doppelpass muss der deutsche Pass entzogen und ein Aufenthaltsverbot in Deutschland auferlegt werden. Abschiebungshaft und Abschiebung dieser Personen sind prioritär und schnellstmöglich umzusetzen. Hierfür müssen die Zusammenarbeit zwischen den Behörden und staatlichen Ebenen verbessert und vereinfacht sowie ausreichend Abschiebungshafteinrichtungen organisiert werden.

3. Umfassende Grenzkontrollen, Außengrenzen schützen, konsequent zurückweisen.

Wir brauchen einen wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen. Dazu gehören eine umfassende elektronische Überwachung der Einreisen sowie, wo immer erforderlich, auch weitere bauliche und technische Grenzschutzmaßnahmen an den EU-Außen-

grenzen. Klar ist: Über die Einreise in die EU haben staatliche Behörden zu entscheiden und nicht kriminelle Netzwerke von Schleusern. Solange kein sicherer Grenzschutz an den Außengrenzen erfolgt und viele EU-Staaten die Dublin-Regeln nicht einhalten, müssen nationale Grenzkontrollen fortgeführt und ab sofort auch Asylbewerber an den deutschen Grenzen zurückgewiesen werden. Dazu müssen Art. 16a Abs. 2 GG und § 18 AsylG ab sofort wieder vollzogen werden, indem Ausländern, die aus einem sicheren Drittstaat einreisen, die Einreise zu verweigern ist. Nationale Grenzkontrollen haben ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit mehrfach unter Beweis gestellt, ein Paradebeispiel dafür ist die Bayerische Grenzpolizei. Um die Akzeptanz von Schengen dauerhaft zu erhalten, bedarf es einer Kraftanstrengung aller europäischen Länder. Nur wenn irreguläre Migration verhindert wird und dazu alle ihren Beitrag leisten, wird dies gelingen.

4. Zentrale Asylverfahren statt Verteilung auf Kommunen.

Das Konzept der ANKER-Zentren, wonach möglichst das gesamte Asylverfahren von der Ankunft bis zur Entscheidung über ein Bleiberecht oder ggfs. die Rückkehr gebündelt unter einem Dach durchlaufen werden soll, muss deutschlandweit angewendet werden. Wer keinen Schutzstatus erhält, muss direkt aus diesen ANKER-Zentren heraus abgeschoben werden. Durch die Bündelung aller Verfahrensbeteiligter unter einem Dach können Asylverfahren schnell und effektiv abgearbeitet werden. Gleichzeitig wird die dezentrale staatliche Unterbringung entlastet, was zugleich den Kommunen zugutekommt, z.B. bei Kinderbetreuung und Beschulung. An den relevanten Flughäfen muss der Bund Ausreisezentren errichten, um Abschiebungen effektiv zu koordinieren und schneller umsetzen zu können.

5. Perspektivisch Asylverfahren in sicheren Drittstaaten und an den EU-Außengrenzen umsetzen.

Jeder, der in der EU Asyl beantragen möchte, soll dies perspektivisch in einem sicheren Drittstaat außerhalb der EU bzw. in Einrichtungen an der EU-Außengrenze tun und dort sein Verfahren durchlaufen. Es muss ermöglicht werden, dass dort Asylverfahren stattfinden, die allen rechtsstaatlichen Voraussetzungen entsprechen. Dies entlastet die europäischen Staaten, verringert die Pull-Faktoren und schützt gleichzeitig diejenigen, die tatsächlich Asyl erhalten. Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob

der Aufenthalt von Asylbewerbern in sicheren Drittstaaten stattfinden kann. Denn Schutz durch Deutschland muss nicht heißen Schutz in Deutschland.

6. Stopp der Express-Einbürgerungen durch das Ampel-Staatsbürgerschaftsrecht.

Die von der Ampel eingeführte Express-Einbürgerung muss gestoppt werden. Für uns ist klar: Der deutsche Pass muss am Ende einer erfolgreichen Integration, nicht am Anfang dieser stehen. Ganz generell gilt: Wir lehnen die Ausweitung der doppelten Staatsbürgerschaft ab. Sie soll die Ausnahme bleiben, statt die Regel zu werden.

7. Pull-Faktoren reduzieren: Familiennachzug aussetzen, Bürgergeld und Asyl trennen.

Die Anreize, nach Deutschland zu kommen, müssen reduziert werden. Besonders der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten muss ausgesetzt werden. Die Entscheidung, Ukrainern sofort Bürgergeld zu gewähren, wollen wir rückgängig machen. Abgelehnte Asylbewerber, die ausreisen können, sollen bis zu ihrer Ausreise nur noch eine minimale Grundversorgung erhalten. Dies erhöht die Anreize, freiwillig auszureisen oder bei der Rückführung mitzuwirken. Bezahlkarten sind nach dem Vorbild des erfolgreichen bayerischen Modells bundesweit einzuführen. Das Bundesrecht muss dabei die erforderlichen Restriktionen wie insbesondere die Bargeldobergrenze von 50 Euro festzurren. Asylbewerber sollen nach drei Monaten eine sozialversicherungspflichtige Arbeit aufnehmen bzw. zur gemeinnützigen Arbeit verpflichtet werden.

8. Druck auf Herkunfts- und Transitländer ausüben.

Nicht-EU-Staaten, die ihre Bürger nicht zurücknehmen oder die Passbeschaffung blockieren, sollen keine finanzielle Unterstützung von Deutschland und der EU erhalten. Mit Blick auf die EU ist Deutschland solidarisch, aber wir drängen auch auf die Einhaltung der Gesetze. Auf EU-Staaten, die die Dublin-Regeln nicht einhalten und Migranten durchwinken oder nicht zurücknehmen, werden wir Druck ausüben und notfalls alle rechtlichen Mittel ausschöpfen. Die Kooperation von Herkunfts- und Transitländern zu erreichen und dauerhaft sicherzustellen darf nicht weiter in den Händen eines einflusslosen Beauftragten liegen, sondern muss Chefsache von Bundeskanzler und Außenministerium sein.

9. Europäisches Recht und Asylrecht der Realität anpassen.

Die rechtlichen Grundlagen, auf denen in Deutschland und Europa Schutz gewährt wird, sind der aktuellen Herausforderung nicht gewachsen, aus der Zeit gefallen und bieten zu viele Schlupflöcher. Politik ist da, um zu gestalten und wenn es notwendig ist, die rechtlichen Grundlagen der Realität anzupassen. Deshalb muss auch das im Grundgesetz verankerte Asylrecht grundlegend reformiert werden, denn es ist nicht mehr zeitgemäß. Wir in Deutschland müssen selbst entscheiden können, wer zu uns ins Land kommt. Ausschlaggebend kann nicht allein ein individuell einklagbarer Rechtsanspruch sein. Deshalb wollen wir das individuelle subjektive Recht auf Asyl durch eine institutionelle Garantie ersetzen. Nur so können wir die Integrationsfähigkeit Deutschlands erhalten. Zudem werden wir auf europäischer Ebene auch darauf hinwirken, den auf eine europäische Richtlinie zurückgehenden subsidiären Schutzstatus abzuschaffen und zum ursprünglichen Geist der Genfer Konvention zurückzukehren. Bürgerkriegsflüchtlinge, für die dieser Schutzstatus in der Regel gilt, sollen zukünftig in der Nähe ihrer Herkunftsregionen versorgt und unterstützt werden. Auch fordern wir den Bund erneut auf, die Liste der sicheren Herkunftsstaaten um die Länder Algerien, Armenien, Indien, Marokko und Tunesien zu erweitern, die alle eine regelmäßige Schutzquote von weniger als fünf Prozent haben.

Wer aus einem sicheren Drittstaat oder ohne erforderliches Visum nach Deutschland kommt, muss an der Grenze zurückgewiesen werden. Dies ist rechtlich und praktisch möglich und zudem bereits im Grundgesetz verankert. Hier darf sich die Politik nicht hinter europäischen Richtlinien oder Gesetzgebung verstecken, die dies vermeintlich unmöglich machen, sondern muss Wege und Lösungen finden. Die Menschen in Deutschland erwarten dies zurecht von der Politik.

10. Innere Sicherheit garantieren, Polizei stärken.

Die Terroranschläge von Mannheim und Solingen sowie der jüngste Anschlag auf das israelische Generalkonsulat in München, Demonstrationen, welche die Errichtung eines Kalifats verherrlichen, sowie die steigende Messerkriminalität beeinträchtigen das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Um diesen Entwicklungen effektiv begegnen zu können, braucht es eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung unserer Polizei und unserer Justiz.

Wir vertrauen unserer Polizei und unseren Strafverfolgungsbehörden, anstatt ihnen Misstrauen und Gängelung entgegenzubringen, wie es die Ampel tut. Daher wollen wir die Speicherung von IP-Adressen, Verkehrs- und Standort-Daten für einen gesetzlich verankerten Mindestzeitraum ermöglichen, um schwere Straftaten wie Terrorismus und Kinderpornographie zu verhindern bzw. aufzuklären. Unsere Polizei braucht die Möglichkeit zu anlasslosen Kontrollen an mehr Orten als bisher sowie die Möglichkeit zur Kennzeichenerfassung und den Einsatz von Gesichtserkennungssoftware und KI. Ampel-Institutionen des Misstrauens gegenüber unserer Polizei, wie bspw. den Polizeibeauftragten des Bundes, Kontrollquittungen oder ähnliches, werden wir wieder abschaffen. Zudem wollen wir Werbung für Terrororganisationen wieder unter Strafe stellen.

Für uns ist darüber hinaus klar: Wir dulden keinen Antisemitismus und Extremismus jeglicher Art in Deutschland. Wer in dieser Weise auffällt, muss rasch und hart bestraft werden, wer noch keinen deutschen Pass hat, muss vom Erwerb ausgeschlossen und Doppelstaatlern muss der Pass bei diesen Delikten entzogen werden. Auch die verfehlte Cannabis-Politik der Ampel werden wir wieder zurückdrehen. Die Politik der Ampel ist eine Einladung an Kriminelle, Mafia und Clans, wie beispielhaft die jüngsten Attacken der sogenannten Mocro-Mafia in Nordrhein-Westfalen zeigen.